

Protokoll

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 09.12.2019, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer
Herr Michael Schernikau
Herr Herbert Thomascheski

i.V.f. Herrn Schernikau bis 19:20 Uhr
Vorsitzender, Fraktionsvorsitzender

ab 19:20 Uhr

WSI:

Herr Andreas Schnieber

stellv. Vors., Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Dagmar Süß
Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Rüdiger Fölske
Frau Sophia Jacobs-Emeis

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Patrick Eichberger

Seniorenbeirat:

Herr Manfred Schlund

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Manuel Baehr
Herr Rolf Jagemann
Herr Niels Schmidt

zu TOP 8.3, 10 und 11
Prüfdienste
Bürgermeister

Herr Volkmar Scholz
Herr Niklas Viehmann

Schriftführer

Es fehlte entschuldigt:

Seniorenbeirat:

Herr Hans Ehrich

Jugendbeirat:

Herr Tjalf Eydeler

Umweltbeirat:

Herr Jens Brüggemann

Verwaltung:

Frau Gisela Sinz
Herr Ralf Waßmann

Außerdem waren sechs Einwohnerinnen und Einwohner sowie zwei Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Die Anlagen ans Protokoll sind in der digitalen Version als Dokument zur Sitzung angefügt.

Um 19 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Kissig alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen eine ganze Reihe von Tischvorlagen vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt sind.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung und den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der TOP 9-13.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

1.) Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

2.) Anhörung der Beiräte

3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 12. Sitzung vom 18.11.2019

**4.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064**

5.) Stellenplan 2020

- 5.1 Stellenplan der Stadt Wedel 2020
Vorlage: BV/2019/121
 - 5.2 Einrichtung einer Stelle eines/ einer Ersten Stadtrats/ Ersten Stadträtin
Hier: Antrag der CDU Fraktion
Vorlage: MV/2019/117
 - 6.) Haushalt 2020
 - 6.1 Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125
 - 6.2 Antrag der CDU Begleitbeschluss Konsolidierungskonzept
 - 6.3 Antrag der CDU Begleitbeschluss Umstrukturierungskonzept
 - 7.) Hebesatzsatzung 2020 der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2019/144
 - 8.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 8.2 Anfragen
 - 8.3 Informationen zur Ausschreibung Betreuung Wohnmobilstellplatz
Vorlage: MV/2019/108
 - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
 - 9.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 12. Sitzung vom 18.11.2019
 - 10.) Grundstücksangelegenheiten im Bereich Tinsdaler Weg
 - 10.1 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/133
 - 10.2 Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg
Vorlage: BV/2019/145
 - 11.) Grundstücksangelegenheit Wedeler Mühlenteich
Vorlage: BV/2019/149
 - 12.) Wedeler TSV
Vorlage: BV/2019/150
 - 13.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 13.2 Nichtöffentliche Anfragen
-

Öffentlich

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

1.1.) Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen, nicht beantworteten Fragen vor.

1.2.) Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Wohlers fragt, welche Auswirkungen die stattgefunden Gewährleistungsabnahme der Westmole auf die Finanzen der Stadt hat. Außerdem fragt sie, ob der Verteilungsschlüssel der Werbeeinnahmen von wedel.de geändert wurde. Der Ansatz im nächsten Jahr sei im Haushalt um 10.000 € gesenkt worden.

Herrn Schmidt sind keine Auswirkungen bekannt. Laut Herrn Amelung und Herrn Schmidt hat sich die Verteilung nicht geändert. Wieso es eine Reduzierung des Ansatzes gab, wird die Verwaltung zur nächsten Sitzung klären.

Eine weitere Einwohnerin erkundigt sich, wieso die Baustelle in der Bahnhofstraße nur so langsame Fortschritte macht. Der Bau dauere bereits über ein Jahr und das anliegende Blumengeschäft hätte sogar seit Samstag schließen müssen.

Herr Schmidt erläutert, dass es eine Änderung im Bauablauf gegeben habe und daher neue Statik Überprüfungen durchgeführt werden mussten. Die Stadt sei in Gesprächen mit der Baufirma.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Umwelt- und der Jugendbeirat sind in dieser Sitzung nicht vertreten. Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 12. Sitzung vom 18.11.2019

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt das Protokoll der 12. Sitzung vom 18.11.2019 einstimmig bei einer Enthaltung.

**4.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064**

Die Beschlussvorlage wurde im Sozialausschuss einstimmig empfohlen.
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, die städtischen Wohnunterkünfte zukünftig durch eine Fachkraft betreuen zu lassen.



Die Stelle wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2020 in den Stellenplan aufgenommen.

5.) Stellenplan 2020

5.1.) Stellenplan der Stadt Wedel 2020

Vorlage: BV/2019/121

Herr Wuttke stellt fest, dass zu dem Stellenplan noch die in TOP 4 empfohlene Stelle für die Betreuung der Wohnunterkünfte sowie die Nachmeldeliste, die als Tischvorlage im letzten HFA verteilt wurde, berücksichtigt werden und die Gesamtsumme sich um ca. 130.000 € erhöhen muss.

Anschließend empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2020.

5.2.) Einrichtung einer Stelle eines/ einer Ersten Stadtrats/ Ersten Stadträtin

Hier: Antrag der CDU Fraktion

Vorlage: MV/2019/117

Es liegt eine Mitteilungsvorlage der Verwaltung vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Herr Kissig bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Informationen und zieht den Antrag zurück. Die Diskussion solle 2020 für den Haushalt und Stellenplan 2021 geführt werden.

Herr Wuttke führt aus, dass die Grünen gegen die Einführung eines ersten Stadtrates sind. Zum einen wegen der Haushaltslage und zum anderen, weil es der Verwaltung nicht an Häuptlingen sondern an Indianern fehle. Er fragt, welcher Vorteil hinter der Einführung stehe.

Die FDP sehe derzeit keine Notwendigkeit für die Einführung eines Stadtrates.

Die SPD hält es ebenfalls für nicht notwendig. Es werde zunächst ein klares Konzept benötigt. Eine Struktur folge der Strategie. Herr Fölske sieht hinter dem Antrag einen politischen Grund und ist dankbar für die Rückziehung des Antrags.

Herr Eichberger hätte sich bei der Stadt Elmshorn erkundigt und die Rückmeldung erhalten, dass der Stadtrat keinen großartigen Nutzen für die Stadt gebracht hätte.

Herr Kissig hält dagegen, die Stadt Elmshorn hätte dann wohl kaum einen zweiten Stadtrat eingestellt. Er greift das Beispiel von Herrn Wuttke auf und argumentiert, dass die Verwaltung seit den 1980er Jahren die gleiche Anzahl an Häuptlingen aber doppelt so viele Indianer hätte. Nun solle darüber nachgedacht werden, sich anders aufzustellen. Heute erfolge keine Abstimmung, es werden zunächst weitere Informationen benötigt.

Herr Schmidt erklärt, dass damals der Stadtrat in Wedel selbstständig einen Bereich geleitet habe. Dies sei heute anders. Seit dem der Bürgermeister direkt vom Volk gewählt werde, ist ein Stadtrat diesem unterstellt. Die Stadt Elmshorn habe eine andere Struktur mit Dezernaten und Amtsleitern. In Wedel wäre bei der jetzigen Struktur ein Stadtrat nicht förderlich.

Die WSI ist gegenüber der Einführung eines Stadtrates ergebnisoffen. Zunächst solle die Struktur untersucht werden. Die Einrichtung einer solchen Stelle hätte jedoch keine oberste Priorität.



Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Einrichtung einer Stelle eines/einer Ersten Stadtrats/ Ersten Stadträtin zur Kenntnis.

6.) Haushalt 2020

Es liegen diverse Anträge mehrerer Fraktionen sowie eine Veränderungsliste zum Haushalt vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt sind.

Zunächst geht der Haupt- und Finanzausschuss die Änderungsliste durch und stellt noch einige Fragen an die Verwaltung.

Für ein Lehrschwimmbecken müsse ein Antrag einer Fraktion vorliegen. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke sei dies bereits enthalten, zunächst soll jedoch der Bedarf geklärt werden.

Bei der Erhöhung der Ansatzes auf S.133 höhere Aufwandsentschädigungen (55.000€) handelt es sich um eine Korrektur der Zahl.

Der Zuschuss für das Jugendevent in Höhe von 30.000 € wurde bereits eingeplant, um möglichst frühzeitig handlungsfähig zu sein und ggf. bereits im nächsten Jahr nach der Konzepterstellung einige Maßnahmen umzusetzen. Über diesen Ansatz soll ein Sperrvermerk gesetzt werden, damit die Mittel nicht anderweitig verwendet werden. Der Betrag wird aufgrund der Kosten von den Acts als zu gering angesehen.

Es sollen weitere 500.000 € für die Gebäudeunterhaltung eingeplant werden. Es wurde über Jahre hinweg gespart und nun seien viele Mängel vorhanden, die im Endeffekt höhere Kosten verursachen. Mit so wenig Mitteln sei es schwer für die Verwaltung, die Gebäude in einem guten Zustand zu halten.

Herr Schernikau fragt erneut, warum die geplante Senkung der Kreisumlage bereits in den Haushalt eingeplant ist, dafür gebe es noch keinen Beschluss. Die Haushaltsgrundsätze werden dadurch nicht beachtet. Eine Antwort der Verwaltung steht hierzu noch aus.

Die Verwaltung soll prüfen, ob im Haushalt die Verschiebung des Ausbaues/der Ausschreibung der Albert Schweizer Schule berücksichtigt wurde.

Auf Nachfrage sagt Herr Schmidt, dass die unterschiedlichen Empfehlungen des UBF und des PLA zum Radschnellweg Auweidenweg ein Thema des nächsten HFA sein werden.

Anschließend werden die Anträge zur geplanten Grundsteuererhebung beraten.

Es liegen dazu drei Anträge vor. Die CDU und die SPD beantragen, die Grundsteuererhebung abzulehnen und die bisherigen Hebesätze weiterhin zu veranschlagen. Die Grüne Fraktion beantragt die Hebesätze zunächst auf 3 Jahre anzuheben und zum Haushalt 2023 erneut zu überprüfen. Außerdem soll der Ergebnisplan pauschal um 2 % der Ausgaben gekürzt werden.

Nach kurzer Besprechung wird festgestellt, dass die Anträge der CDU und der SPD inhaltsgleich sind, sodass lediglich der CDU Antrag und der Grüne Antrag beraten werden.

Herr Kissig bringt den Antrag der CDU ein. Es sollen sich zunächst Gedanken gemacht werden, wie der Haushalt mittelfristig aufgestellt werden soll, bevor vorschnell

Steuererhöhungen getätigt werden. Steuererhöhungen könnten jedoch auch eine Teillösung eines Konsolidierungskonzeptes sein.

Herr Wuttke bringt den Antrag der Grünen ein. In diesem zweigeteilten Antrag werden sowohl die Einnahmen- und die Ausgabenseite berücksichtigt. Die Grünen haben keine einheitliche Fraktionsmeinung, sodass nicht alle Grüne Mitglieder der Grundsteuererhöhung zustimmen werden.

Herr Kissig erinnert daran, dass 2013 die Hebesätze der Grundsteuer auf 380 % angehoben wurden und gemäß dem damals gefassten Haushaltsbegleitbeschlusses dies die letzte Anhebung gewesen sein und ab dann rigoros gespart werden sollte. Seit dem gab es bereits zwei weitere Anhebungen und nun vielleicht die Dritte. Der Antrag der Grünen sei formal nicht haltbar. Mögliche Kostensteigerungen, wie die Änderungen der Kita Reform werden nicht bei den angedachten 650 % berücksichtigt. Die Festlegung der Hebesätze für drei Jahre würde nicht funktionieren. Die 2 % Pauschalsparmaßnahmen werden nichts bringen, da die Verwaltung dann wieder bei Gebäude- und Straßenunterhaltung kürzen wolle. Des Weiteren lege der Grünen-Antrag die Entscheidungsgewalt auch bzgl. freiwilliger Leistungen in die Hände der Verwaltung und damit drücke sich die Politik vor ihrer Verantwortung.

Frau Koschorrek bittet um getrennt Abstimmung der beiden Punkte des Grünen-Antrages. Die FDP trage einstimmig die Grundsteuererhebung mit. Die 2 % Sparmaßnahmen lehnen sie jedoch ab.

Herr Schmidt erläutert, dass viele Teile des Ergebnishaushaltes nicht disponibel sind und somit nur ein kleiner Teil belastet werden könnte.

Herr Schnieber sieht dies ebenfalls problematisch. Der Verwaltung werde damit die Verantwortung zugeschoben werden.

Laut Herrn Kissig soll die Verwaltung Vorschläge machen, damit die Politik entscheiden kann und die Verantwortung dafür trägt.

Herr Fölske führt aus, dass mit der Anhebung der Hebesätze auf 650 % lediglich Lücken geschlossen werden, obwohl gewusst werde, welche Risiken es noch gibt. Dadurch werde bald wieder eine Grundsteuererhebung diskutiert werden müssen. Es solle nun auf eine Anhebung verzichtet werden und ehrlich und transparent zunächst die Genehmigungspflicht angenommen und anschließend nachhaltige Lösungen gefunden werden. Er stimmt dem Antrag der CDU zu. Es solle ein Zukunftskonzept entwickelt werden, das auch Steuererhöhungen beinhalten könnte.

Frau Koschorrek befürchtet, dass das Innenministerium hohe Auflagen stellt und die Investitionskredite streicht, die unter anderem für die Schulen benötigt werden.

Herr Schmidt macht deutlich, dass eine reine Steuererhebung nicht ausreicht. Es müssen weitere Maßnahmen folgen. Derzeit gibt es keine mehrheitsfähigen Sparanträge. Es werde vom Innenministerium nicht gut geheißsen, wenn keine Änderung an der Einnahmenseite getätigt wird. Es können derzeit keine Aussagen über das Volumen der Auflagen getroffen werden. Die Entscheidung bleibe auch dann bei der Politik, das Innenministerium verpflichtet sie lediglich zum Sparen, sagt aber nicht an welchen Stellen.

Herr Kissig stellt fest, dass das Haushaltsdefizit durch die Entscheidungen der Fachausschüsse jetzt bereits bei 900.000 € liegen werde, sogar unter Einbeziehung der Erhöhung der Grundsteuer.

Vor einigen Jahren gab es bereits einmal eine Genehmigungspflicht für den Haushalt, jedoch lag Wedel mit den Hebesätzen unter dem Landesdurchschnitt. Die Anhebung auf mindestens diese Durchschnittswerte sei Forderung des Innenministers. Nun liege Wedel aber bereits darüber. Die Genehmigung werde erfahrungsgemäß erst im April erteilt, bis dahin bestünde viel Zeit, bereits Konsolidierungsüberlegungen anzustellen. Die CDU hätte



gerne Einsparvorschläge und eine Einschätzung der Verwaltung über die Fakten und Auswirkungen.

Die Grünen schlagen die 3 Jahre Grundsteuererhebung vor, um wichtige Projekte weiter am Laufen zu halten.

Herr Barop berichtet aus dem BKS, dass kein Sparwille vorhanden sei. Die Bürger können sich eine Grundsteuererhebung auch nicht leisten. Es werde ein Gesamtkonzept benötigt, um einen anderen Ansatz zu finden und den Haushalt in Balance zu bringen.

Herr Schnieber merkt an, dass viele Sparanträge der WSI gescheitert seien. Eine Rettung durch die Grundsteuererhebung allein sei nicht zu erwarten, es solle ein Konzept entwickelt werden, wie die CDU, SPD oder FDP es beantragt haben.

Dies könne laut Frau Koschorrek nur gelingen, wenn über die Fraktionsgrenzen hinaus zusammengearbeitet werde.

Auf Nachfrage erklärt Herr Amelung, dass ein Beschluss über den Haushalt in diesem Jahr nicht zwingend notwendig sei.

Die LINKE lehnt eine Grundsteuererhebung ebenfalls ab.

Anschließend stellt Herr Kissig die vorliegenden Anträge zur Grundsteuer zur Abstimmung, zunächst den CDU-Antrag.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat mit 9 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel lehnt die vom Bürgermeister vorgeschlagene Anhebung der Grundsteuerhebesätze ab, so dass die bisher gültigen Hebesätze von 380% bei der Grundsteuer A und 425% bei der Grundsteuer B beibehalten werden.

Mit diesem Beschluss wird der gegenteilige Teil 1 des Grünen Antrages abgelehnt.

Teil 2 (2 % Pauschalsparen) wird von den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses mit 3 Ja / 10 Nein abgelehnt.

Die Hebesatzsatzung bleibt somit auf dem alten Stand.

Anschließend werden die Konsolidierungsanträge beraten.

Es liegen vier Anträge vor.

Frau Koschorrek bringt den Antrag der FDP ein.

Herr Fölske bringt den Antrag der SPD zur Erstellung eines Zukunftskonzeptes ein. Er stellt fest, dass die Anträge nicht weit auseinander gehen. Die FDP will das gleiche Ziel. Die CDU will einen zukunftsorientierten Haushalt mit einem Konzept der Verwaltung. Der SPD Weg ist anders. In Sachen Konsolidierung wurde über Jahre nichts gebacken bekommen. Es wurden gute strategische Ziele erarbeitet. Der Haushalt passe aber nicht. Für einen nachhaltig zukunftsfähigen Haushalt müsse Prozessoptimierung betrieben werden. Es werde dringend externe Beratung benötigt. Ohne diese komme nichts bei raus. Es gebe genug Beratungsunternehmen mit Erfahrung in kommunalen Bereich. Das Verfahren solle in politischer Hand bleiben. Daher soll ein Lenkungsausschuss bestehend aus politischen Vertretern gebildet werden. Der vorgeschlagene Zeitraum sei möglich, wenn alle



Beteiligten gewillt sind, Wedels Zukunft zu gestalten. Dies sei ebenfalls ein positives Signal für das Innenministerium.

Herr Kissig bringt den Konsolidierungsantrag der CDU ein. Die CDU kann sich vorstellen, die AG Haushalt in eine Lenkungsgruppe mit Verantwortlichkeit bei der Politik umzuwandeln. Die Hinzuziehung eines externen Beraters halte die CDU für möglich, aber nicht als ersten Schritt. Die Verwaltung habe Experten, die konkrete Aufträge braucht. Die Verwaltung und die Politik müssen zusammenarbeiten und sich nicht gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Außerdem werde die Zielerreichung derzeit nicht anhand von Wirkungskennzahlen gemessen. Sollte ein externer Berater hinzugezogen werden, müssen die Ergebnisse der Beratung auch gewollt werden.

Frau Koschorrek hat ebenfalls Bedenken bei der Hinzuziehung eines Beraters. Die Vorschläge müssen angenommen werden. Die Berater hätten kein Herz für die Stadt. Die FDP stimmt dem Antrag der CDU zu.

Die Linke lehnen den FDP Antrag und den SPD Antrag ab. Die Lenkungsgruppe sollte öffentlich tagen. Dem CDU Antrag zur Konsolidierung stimmt Herr Eichberger zu.

Die WSI lehnt den FDP Antrag aufgrund der Beschlussformulierung und die Nennung einiger Beispiele ab. In einem ersten Schritt solle die Verwaltung sich selbst helfen und erst in einem zweiten Schritt externe Beratung hinzuziehen. Die WSI stimmt dem Antrag der CDU zu, wenn dieser um die Einrichtung eines Lenkungsausschusses ergänzt wird. Das Umstrukturierungskonzept lehnt die WSI ab.

Die Grünen wollen ebenfalls keinen Berater als ersten Schritt und sind mit einem Lenkungsausschuss einverstanden. Den FDP Antrag lehnen die Grünen ab.

Herr Kissig erklärt, dass das Umstrukturierungskonzept zeitlich entzerrt bis zum Ende der Wahlperiode erstellt werden soll und das Konsolidierungskonzept zunächst wichtiger sei.

Die SPD lehnt den FDP und den CDU Antrag ab. Herr Fölske ist gespannt, wie die Verwaltung mit Hausmitteln eine ähnliche Leistung wie ein professionelles Beratungsunternehmen erstellen soll. Intern würden ebenfalls Kosten entstehen.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Herr Fölske den Änderungsantrag, den Antrag der CDU für ein Konsolidierungskonzept um die ersten fünf Sätze der Nr. 3 des SPD Antrages zu ergänzen (der erweiterte Antrag liegt dem Protokoll als Anlage bei).

Anschließend lässt Herr Kissig über die Anträge abstimmen.

Der Antrag der FDP wird mit 1 Ja / 9 Nein / 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der SPD wird mit 3 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Herrn Fölske wird mit 7 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen angenommen.

Der geänderte CDU Konsolidierungskonzept Antrag mit der Ergänzung eines Lenkungsausschusses wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der CDU für ein Umstrukturierungskonzept wird mit 8 Ja / 5 Nein angenommen.



Somit gibt es zwei Haushaltsbegleitbeschlüsse.

**7.) Hebesatzsatzung 2020 der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2019/144**

Die Anhebung der Hebesätze wurde per Antrag der CDU (siehe TOP 6) abgelehnt. Somit ist ein Beschluss über die Satzung der Festsetzung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer nicht mehr erforderlich.

Es wird dennoch gewünscht, den TOP auf der Tagesordnung für den Rat zu belassen.

8.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

8.2.) Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Eichberger berichtet Herr Amelung, dass es eine Einladung an die Politik zur Vorstellung der neuen wedel.de Seite geben wird.

**8.3.) Informationen zur Ausschreibung Betreuung Wohnmobilstellplatz
Vorlage: MV/2019/108**

Herr Wuttke bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Möglichkeit zur Betreuung eines Kioskes nicht ausgeschlossen wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationen zur Ausschreibung Betreuung Wohnmobilstellplatz zur Kenntnis.

Anschließend schließt Herr Kissig die Öffentlichkeit für die Beratung der Tagesordnungspunkte 9-13 aus.

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Kissig stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert diese über den Kauf zweier Grundstücke im Bereich des Tinsdaler Wegs, den Kauf des Wedeler Mühlenteiches sowie der Beauftragung des Bürgermeisters, mit dem Wedeler TSV in Gespräche einzusteigen.

Anschließend schließt er die Sitzung um 22:25 Uhr.

Gez. Kissig

Michael C. Kissig
Vorsitzender

Niklas Viehmann
Schriftführer

Datum der
Unterschrift _____

